

jugendsozialarbeit nord

- I n f o d i e n s t -
Nr. 292/293, Juli/August 2026



Cybermobbing – Wenn digitale Kommunikation zur Belastung wird

Frauke Heiland-Marcus, Referentin für Gewaltprävention bei der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e.V.

Zwischen Chancen und Risiken

Soziale Medien sind aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Sie bieten Möglichkeiten, Freundschaften zu pflegen, sich kreativ auszudrücken, Informationen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen. Gleichzeitig sind sie aber auch Orte, an denen Ausgrenzung, Beleidigungen und Hass eine enorme Dynamik entwickeln können. Cybermobbing gehört heute zu den größten Herausforderungen im digitalen Alltag junger Menschen.

Mobbing wird als eine Form offener oder subtiler Gewalt verstanden, die über einen längeren Zeitraum gegen eine Person ausgeübt wird und auf ihre soziale Ausgrenzung abzielt. Während klassisches Mobbing häufig an bestimmte Orte wie Schule, Sportverein oder Jugendclub gebunden ist, kennt Cybermobbing keine räumlichen oder zeitlichen Grenzen. Es begleitet Betroffene rund um die Uhr – direkt auf dem Smartphone in der eigenen Hosentasche. Einen geschützten Rückzugsraum gibt es oft nicht mehr. Hinzu kommt eine Besonderheit digitaler Kommunikation: Es fehlen Mimik, Gestik und unmittelbare Reaktionen. Wer verletzendes Kommentare schreibt, erlebt häufig nicht, welche Auswirkungen diese auf die betroffene Person haben. Die Distanz des Bildschirms senkt Hemmschwellen und erleichtert Aussagen, die im direkten persönlichen Kontakt kaum ausgesprochen würden.

Warum Cybermobbing entsteht

Beobachtungen aus der Praxis zeigen, dass Mobbing unter Jugendlichen heute fast immer auch eine digitale Komponente hat. Deshalb gehört bei der Aufarbeitung von Mobbingfällen stets die Frage dazu, ob die Angriffe ausschließlich online stattfinden oder sich auch in den analogen Alltag übertragen. Dort reichen die Übergriffe vom bewussten Ausschließen über Bedrohungen und Stalking bis hin zu körperlicher Gewalt.

Inhalt

- Cybermobbing – Wenn digitale Kommunikation zur Belastung wird, *Frauke Heiland-Marcus, Referentin für Gewaltprävention bei der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e.V.*
- Weniger Chancen für junge Zugewanderte
- SVR-Policy Brief: Sinkendes Vertrauen als Demokratierisiko? Politisches Vertrauen und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft
- Neues aus dem Norden
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Die Arbeitslosigkeit ist in Niedersachsen gestiegen – Ausbildungsstart: noch rund 16.600 freie Stellen
 - SOS Sozialstaat: Demo vor dem Niedersächsischen Landtag
- Neu erschienen
- Neu im Netz
- Veranstaltungen
- Impressum

Die Ursachen von Cybermobbing sind vielfältig. Studien zeigen, dass etwa jede dritte tatverdächtige Person selbst bereits Erfahrungen mit Cybermobbing gemacht hat. Rache kann ebenso ein Motiv sein wie Langeweile, Gruppendruck, Hass oder die Überzeugung, die betroffene Person habe die Angriffe „verdient“. Oft genügt es bereits, als „anders“ wahrgenommen zu werden – sei es aufgrund von Herkunft, Religion, Aussehen, sozialem Status oder persönlichen Interessen. Ein typisches Täter- oder Opferprofil gibt es nicht. Häufig geht es vielmehr um Macht, Anerkennung innerhalb einer Gruppe und die Abgrenzung nach dem Prinzip „Wir gegen die andere Person“.

Die Dynamiken des digitalen Raums

Gerade im digitalen Raum unterschätzen viele Beteiligte ihre eigene Verantwortung. Aussagen wie „Ich war doch nur einer von vielen“ oder „Das haben doch alle geschrieben“ zeigen, dass einzelne Kommentare häufig als unbedeutend wahrgenommen werden. Tatsächlich kann jedoch jeder einzelne Beitrag die Belastung der betroffenen Person verstärken.

Was online wie ein kurzer Kommentar erscheint, würde im analogen Raum bedeuten, dass sich zahlreiche Menschen gleichzeitig gegen eine Person stellen und sie herabwürdigen. An dieser Stelle sollte auch betont werden, dass solidarische Kommentare für die betroffene Person eine hohe Relevanz haben. Ein Like, ein Herzchen oder ein aufmunterndes Wort können Mut machen und zeigen, dass die betroffene Person nicht allein ist.

Cybermobbing kann zudem schnell Menschen erreichen, die die betroffene Person gar nicht kennen. Fremde schließen sich Beleidigungen oder Hasskommentaren an, weil ihnen beispielsweise eine Meinung, eine Lebensweise oder ein veröffentlichtes Bild missfällt. Dadurch verbreiten sich Angriffe innerhalb kürzester Zeit und erreichen ein großes Publikum. Diese Dynamik macht Cybermobbing für viele Betroffene besonders belastend.

Wenn Mobbing krank macht

Die Folgen können gravierend sein. Mobbing macht krank: Dauerhafter Stress, Angstzustände, Schlafstörungen, Veränderungen des Essverhaltens, körperliche Beschwerden oder Depressionen sind mögliche Konsequenzen. Im schlimmsten Fall können Suizidgedanken oder Suizide die Folge sein. Dabei gibt es keine einheitlichen Anzeichen dafür, dass ein Mensch von Mobbing betroffen ist. Umso wichtiger ist es, aufmerksam zuzuhören, Veränderungen wahrzunehmen und Kindern sowie Jugendlichen mit Offenheit und Sensibilität zu begegnen.

Für Fachkräfte, Schulen und Eltern bedeutet dies auch, den digitalen Raum nicht grundsätzlich zu verteufeln. Soziale Medien sind ein wichtiger Bestandteil der Lebenswelt junger Menschen. Das Smartphone wegzunehmen, die Nutzung sozialer Medien zu verbieten oder die Spielekonsole aus dem Haus zu verbannen, sind hier allerdings nicht die Lösung. Dadurch erfahren betroffene Jugendliche häufig noch mehr Ausschluss und verlieren den Anschluss an mögliche Bystander*innen, die sie unterstützen könnten. Entscheidend ist vielmehr, Kinder und Jugendliche dabei zu begleiten, Medien verantwortungsvoll und respektvoll zu nutzen.

Prävention beginnt mit Empathie

Im Rahmen der Prävention spielen Empathie und gelingende Kommunikation eine zentrale Rolle. Kinder und Jugendliche sollten lernen, sich in andere hineinzuversetzen und sich zu fragen: Wie würde ich mich fühlen, wenn mir das passieren würde? Gespräche über Gefühle, Konflikte und Grenzen sowie das bewusste Einüben wertschätzender Kommunikation – sowohl analog als auch digital – fördern soziale Kompetenzen und können Aggressionen sowie Ausgrenzung vorbeugen.

Ein Blick ins europäische Ausland zeigt, wie wirksam solche Ansätze sein können. In Dänemark gehört seit 1993 Empathie als Schulfach fest zum Schulalltag. Schüler*innen sprechen regelmäßig über Gefühle, Konflikte und den respektvollen Umgang miteinander. Dänemark zählt dadurch zu

den Ländern mit den niedrigsten Mobbingraten¹ Europas. Die Mobbingrate sank von 24,4 % im Jahr 1994 auf 6,3 % im Jahr 2022. Auch die Niederlande setzen seit Jahren auf gesetzlich verankerte Prävention gegen Mobbing an Schulen und ergänzen diese seit 2024 durch ein landesweites Handyverbot an Schulen. Erste Beobachtungen deuten darauf hin, dass Schüler*innen dadurch achtsamer miteinander umgehen. In Deutschland hingegen zeigt die HBSC-Studie (Health Behaviour in School-aged Children), dass rund 13 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Mobbing involviert sind.

Prävention in der Praxis

Wie Prävention konkret gelingen kann, zeigt das Projekt „**Cyber-Mobbing: Medienkompetenz trifft Gewaltprävention**“ der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e. V. Seit 2012 setzt sich das Projekt dafür ein, Kinder und Jugendliche für die Dynamiken und Folgen von Cybermobbing zu sensibilisieren und gleichzeitig prosoziale Einstellungen innerhalb der Gruppe zu stärken. Im Mittelpunkt stehen Projekttag, die von speziell ausgebildeten Trainer*innen begleitet werden. Mithilfe interaktiver Übungen und praxisnaher Fallbeispiele setzen sich die Teilnehmenden mit den Ursachen und Auswirkungen von Mobbing auseinander, reflektieren ihr eigenes Verhalten und entwickeln gemeinsam Strategien, um in Mobbing Situationen angemessen und verantwortungsvoll handeln zu können. Ziel ist es, nicht nur Wissen über Cybermobbing zu vermitteln, sondern die Handlungskompetenz aller Beteiligten nachhaltig zu stärken.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Soziale Medien sind weder ausschließlich Risiko noch ausschließlich Chance. Sie ermöglichen Kreativität, Gemeinschaft, Lernen und gesellschaftliche Teilhabe. Damit diese Potenziale genutzt werden können, brauchen Kinder und Jugendliche Empathie, soziale Kompetenzen, Medienkompetenz, Orientierung und Erwachsene, die sie begleiten. Gemeinsam können Schulen, Eltern und Fachkräfte dazu beitragen, digitale Kommunikationsräume sicherer und wertschätzender zu gestalten – denn der respektvolle Umgang miteinander beginnt nicht erst im Internet, sondern im täglichen Miteinander.

Wallner, F. und Kleff, S., 2021: „Mobbing in Schule und Jugendarbeit“, Baustein 11, Hrsg. Aktion Courage e.V., <https://www.schule-ohne-rassismus.org/themen/mobbing/> , 08.07.2026.

Leest, U. und Beitzinger, F., 2022: Was ist Cybermobbing?, <https://buendnis-gegen-cybermobbing.de/ratgeber/cybermobbing-erklaert.html> , 08.07.2026.

Fugmagalli, A., 2025: Ein Jahr Handyverbot an Schulen: Das sind die Erfahrungen der Niederlande, Neue Zürcher Zeitung (NZZ) [https://salzh.ch/wp-content/uploads/2025/04/2.16-Handyverbot-an-Schulen-in-Niederlanden](https://salzh.ch/wp-content/uploads/2025/04/2.16-Handyverbot-an-Schulen-in-Niederlanden-Erfahrungen-nach-einem-Jahr-1.pdf) - Erfahrungen-nach-einem-Jahr-1.pdf , 08.07.2026.

Glösel, K., 2025: Empathie wurde Schulfach in Dänemark: Mobbing seitdem stark gesunken, <https://kontrast.at/schulfach-empathie-daenemark-schule/> , 08.07.2026.

Buskotte, A., Kraus, H., Opitz, T. und Wiemken, J., 2012: Cyber-Mobbing: Medienpädagogik trifft Gewaltprävention, Methoden und Materialien für Prävention in Schule und Jugendarbeit, LJS.

¹ Mit Mobbingrate ist an dieser Stelle die Zahl der Betroffenen Personen von Mobbing gemeint.

Weniger Chancen für junge Zugewanderte

Der Garantiefonds Hochschule (GF-H) hat seit fast 60 Jahren genau das ermöglicht, was Politik so oft einfordert: echte Chancen, reale Aufstiege und gelingende Integration. Für tausende junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte war der GF-H ein konkreter, verlässlicher Weg in Bildung, Teilhabe und Zukunft. Gerade viele junge zugewanderte Frauen fanden über dieses Programm den Zugang zum Studium. Eine große Anzahl davon auch aus der Ukraine. Gleichzeitig profitierte die Wirtschaft von gut ausgebildeten, hoch motivierten Fachkräften. Jetzt wird dieses Programm beendet.

Ausgerechnet das neu konstruierte Bildungsministerium (BMBFSFJ) meint erkannt zu haben, dass es „keine hinreichende Förderzuständigkeit“ mehr gibt. Das Ende des GF-H ist allerdings kein Einzelfall. Es steht für eine Entwicklung, die sich vielerorts in der Kinder- und Jugendhilfe zeigt: Funktionierende Programme werden infrage gestellt; Förderung stagniert, trotz steigender Kosten wird gekürzt oder gestrichen. Entscheidungen werden pauschal mit Haushaltszwängen begründet, politisch aber kaum erklärt.

Klar ist: Auch das Beenden eines Integrationsprogramms ist kein bloßer Sachzwang. Es ist immer Ausdruck politischer Prioritätensetzung.

Erheblicher Verlust

Was dabei verloren geht, ist erheblich. Integration entsteht nicht durch Absichtserklärungen oder programmatische Überschriften in Koalitionsverträgen. Sie entsteht dort, wo verlässliche Angebote mit engagierten Menschen Vertrauen aufbauen und über Jahre hinweg wirken. Wenn Programme wie der GF-H wegfallen, verschwinden nicht nur Bildungszugänge für junge Zugewanderte. Es geht auch Vertrauen in staatliches Handeln verloren. Ebenso verschwindet die gewachsene Expertise freier Träger, die diese Arbeit über Jahrzehnte aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt haben. Nicht zuletzt gehen hoch engagierte, spezialisierte Fachkräfte verloren.

Ebenso kritisch ist der Umgang mit den freien Trägern. Sie haben das Programm GF-H über viele Jahre Jahrzehnte im Auftrag des Bundes verlässlich umgesetzt – mit großem Engagement und hoher Professionalität. Sie haben Strukturen aufgebaut, stabilisiert und immer wieder angepasst. Und sie haben darauf vertraut, dass sie durch den Staat eine wirtschaftlich planbare Perspektive für ihr Engagement bekommen.

Überhasteter Rückzug

Und nun endet das Programm mit einem kurzen Brief schon zum Jahresende; ohne echte Einbindung, ohne tragfähige Anschlusslösungen und ohne erkennbare Perspektive. Nicht einmal ein Gespräch gab es. Das ist kein partnerschaftlicher Umgang. Es ist ein überhasteter Rückzug aus gemeinsamer Verantwortung. Eine Vollbremsung, ein höflicher Dank, aber keine Idee, wie es für die jungen Menschen weiter geht.

Wenn Integration mehr sein soll als eine hohle Phrase, verlangt das Entwicklung statt Kahlschlag. Verantwortung übernimmt nicht, wer sich aus Angst vor unbequemen Debatten wegduckt, sondern wer funktionierende Integration gegen ideologische Angriffe verteidigt. Das Fundament dafür ist eine ehrliche Partnerschaft mit den Trägern und ihren Fachkräften vor Ort – alles andere ist integrationspolitisches Gebaren.

Deshalb braucht es jetzt ein Gesprächsangebot der Hausleitung des Ministeriums. Es braucht Transparenz und Beratung über die kurz- und langfristigen Folgen. Und es braucht neue tragfähige Lösungen für die jungen Zugewanderten.

Quelle: [Jugendsozialarbeit News 861, 17.6.2026](#)

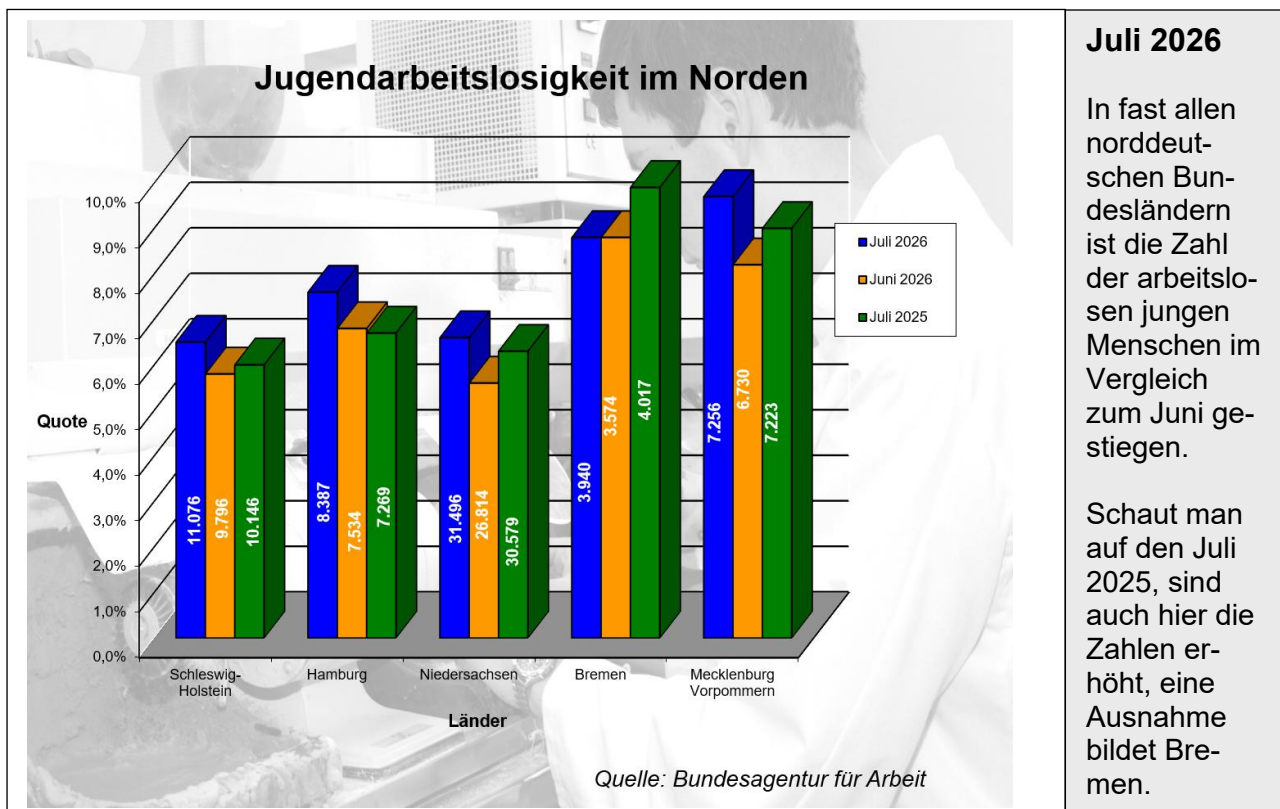
SVR-Policy Brief: Sinkendes Vertrauen als Demokratierisiko? Politisches Vertrauen und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft

Das politische Vertrauen in Deutschland ist erheblich gesunken. Das zeigt ein neues Policy Paper des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) auf Grundlage von Daten des SVR-Integrationsbarometers und der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALL-BUS). Während Menschen ohne Migrationshintergrund 2022 der Bundesregierung und dem Bundestag jeweils noch zu rund zwei Drittel vertrauten, lagen die Werte im Jahr 2024 bei nur noch 44 beziehungsweise 53 Prozent. Menschen mit Migrationshintergrund bringen beiden Institutionen zwar weiterhin etwas mehr Vertrauen entgegen. Doch auch in dieser Bevölkerungsgruppe gingen die Werte zurück: für die Bundesregierung von 72 auf 60 Prozent und für den Bundestag von 70 auf 61 Prozent.

[Weiterlesen:](#) Gülzau, Fabian 2026 „Sinkendes Vertrauen als Demokratierisiko? Politisches Vertrauen und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft.“ SVR-Policy Brief 2026-2, Berlin

Neues aus dem Norden

Jugendarbeitslosigkeit



Die Arbeitslosigkeit ist in Niedersachsen gestiegen – Ausbildungsstart: noch rund 16.600 freie Stellen

Di Benedetto: „Die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit bietet die wertvolle Grundlage, um gut ins Berufsleben zu kommen.“

Die Arbeitslosigkeit ist in Niedersachsen im Juli 2026 gestiegen. 282.143 Menschen waren arbeitslos gemeldet, 11.694 Personen mehr (4,3 Prozent) als im Juni und 2.332 Personen bzw. 0,8 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote betrug 6,2 Prozent und lag mit 0,2 Prozentpunkten über dem Vormonatsniveau. Vor einem Jahr lag sie ebenfalls bei 6,2 Prozent. Der Anstieg zum Vormonat geht im Wesentlichen darauf zurück, dass sich junge Menschen nach der Schule oder dem Ende der Ausbildung vorübergehend arbeitslos melden.

Am 1. August beginnt in vielen Betrieben das neue Ausbildungsjahr. In Niedersachsen haben die Betriebe der Bundesagentur für Arbeit bis Juli 44.393 Ausbildungsstellen gemeldet. Davon sind 16.670 noch unbesetzt, insbesondere im kaufmännischen Bereich, in der Logistik und in der Energietechnik. Dem stehen 15.077 junge Menschen gegenüber, die bei der BA noch als unversorgt gemeldet sind. Insgesamt haben sich 43.957 Personen gemeldet, die nach einer (dualen) Ausbildung suchen. „Eine Berufsausbildung ist die Lebensversicherung gegen Arbeitslosigkeit“, sagt Salvatore di Benedetto, Geschäftsführer in der BA-Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen. „Sie vermittelt die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.“ Di Benedetto empfiehlt jungen Menschen, sich auch andere Berufsfelder anzuschauen, falls es mit dem Traumberuf nicht klappt. „Die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit bietet die wertvolle Grundlage, um gut ins Berufsleben zu kommen. Mit einer Vielzahl von Angeboten und Unterstützungen sowie einer individuellen Beratung hilft sie bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.“

In Niedersachsen waren laut Hochrechnung 3.161.600 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Stand Mai 2026). Zum Vormonat sank die Anzahl um 2.100 Beschäftigte. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren es 10.500 Beschäftigte mehr. Die sogenannte Unterbeschäftigung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozent auf 336.539 Personen. Die Unterbeschäftigung weist zusätzlich zu den Arbeitslosen auch Personen aus, die Arbeit suchen, aber beispielsweise an Qualifizierungen teilnehmen oder erkrankt sind und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden.

Quelle: PI Arbeitsmarkt Niedersachsen der BA Niedersachsen-Bremen vom 31.07.2026

SOS Sozialstaat: Demo vor dem Niedersächsischen Landtag

Mehr als 3.000 Menschen haben am 24.06.2026 vor dem Niedersächsischen Landtag ein deutliches Zeichen gegen geplante Kürzungen im Sozialbereich gesetzt. Unter dem Motto „S.O.S. Sozialstaat“ kamen Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie zahlreiche



Unterstützer*innen zusammen, um ein klares Signal an die Politik zu senden: Der Sozialstaat darf nicht geschwächt werden.

Aufgerufen zu der Demonstration hatte das Bündnis Starker Sozialstaat Niedersachsen. Gemeinsam machten die Teilnehmenden deutlich, dass soziale Angebote und Strukturen nicht zur Verhandlungsmasse werden dürfen. Sie sind für viele Menschen unverzichtbar – in der Pflege, in der Beratung, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Gesundheitsversorgung, in der Eingliederungshilfe und in vielen weiteren Bereichen.

Im Mittelpunkt der Kundgebung stand die Sorge vor Einschnitten, die soziale Sicherheit, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden könnten. Ein starker Sozialstaat schützt Menschen vor Armut, unterstützt in schwierigen Lebenslagen und schafft Perspektiven. Gerade in Zeiten wachsender sozialer Herausforderungen brauche es verlässliche Strukturen, gute Arbeitsbedingungen und eine Politik, die soziale Gerechtigkeit stärkt.

Die Botschaft der Demonstrierenden war entsprechend klar: Finger weg von der Pflege. Finger weg vom Acht-Stunden-Tag. Finger weg von Gesundheitsversorgung und Pflege. Finger weg von Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe sowie Unterhaltsvorschuss.

Mit dem gemeinsamen Protest machten die Verbände und Organisationen deutlich, dass Kürzungen im Sozialbereich konkrete Folgen für die Menschen hätten, die auf Unterstützung angewiesen sind – ebenso wie für die Beschäftigten, die diese Arbeit tagtäglich leisten. Soziale Infrastruktur dürfe nicht kaputtgespart werden, sondern müsse gesichert und weiterentwickelt werden.

Quelle: [PM der AWO vom 24.06.2026](#)

Neu erschienen

Künstliche Intelligenz in der Jugendarbeit - Eine Handreichung für die medienpädagogische Praxis

Die gesellschaftlichen Veränderungen durch Künstliche Intelligenz erreichen auch die Jugendarbeit. Chatbots und generative Bild-KIs werden von Jugendlichen und Fachkräften genutzt, etwa für Bewerbungen, Informationssuche oder das Schreiben von Texten. Damit stellen sich verschiedene Fragen: Wie kann KI sinnvoll in Angebote der Jugendarbeit eingebunden werden? Welche rechtlichen Fragen sind zu beachten? Und wie können junge Menschen zu einem kompetenten Umgang mit KI befähigt werden? Die neue Handreichung „Künstliche Intelligenz in der Jugendarbeit“ bietet hierzu praxisnahe Unterstützung. Sie gibt einen verständlichen Überblick über aktuelle Entwicklungen, beleuchtet medienpädagogische und rechtliche Grundlagen und zeigt, wie junge Menschen im Umgang mit KI begleitet werden können. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf konkreten Methoden für die Praxis: Grundlage der Methoden ist der KI-gestützte Spiele-Editor ChatGameLab ([Link hier](#)), mit dem junge Menschen sehr niederschwellig selbst Text-Adventures und passende Bilder für ganz unterschiedliche Szenarien erzeugen können. ChatGameLab bietet die Möglichkeit, selbst zu programmieren, fantasiereiche Szenarien umzusetzen und über KI und ihre Nutzung ins Gespräch zu kommen. Dafür sind in der Handreichung verschiedene Methoden aufbereitet. Die Handreichung wird herausgegeben von JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis.

Zum Download: [JFF - Handreichung KI in der Jugendarbeit](#)

Engagement und Ehrenamt jugendgerecht gestalten - Bericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Projekts "Jung und engagiert"

Das Forschungspapier untersucht, wie Engagement und Ehrenamt in der Jugendarbeit stärker an die Lebensrealitäten junger Menschen angepasst werden können. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass zwar viele junge Menschen engagiert sind, sie jedoch seltener langfristige und verantwortungsvolle Ehrenämter übernehmen. Ursachen hierfür liegen sowohl in strukturellen Schwellen klassischer Organisationen als auch in veränderten Engagementformen, die zunehmend informell, projektbezogen und flexibel sind. Vor diesem Hintergrund basiert die Studie auf zwölf Expert*inneninterviews aus unterschiedlichen Bereichen der Jugendarbeit und einer Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand. Im Ergebnis wurde ein mehrdimensionales Modell zur jugendgerechten Weiterentwicklung von Engagementstrukturen entwickelt.

Die Studie ist über diesen [LINK](#) abrufbar: Materna, Georg; Brüggem, Niels (2026): Engagement und Ehrenamt jugendgerecht gestalten. Bericht der wissenschaftlichen Begleitung von "Jung und engagiert", ein Projekt des Bayerischen Jugendrings (BJR). München: JFF – Jugend Film Fernsehen e.V. 2026, 21 S. - (Arbeitspapiere aus der Forschung; 8) - DOI: 10.25656/01:35157

Deutlicher Anstieg sexueller Gewalt gegen Kinder im Internet

Die Zahl der Fälle sexueller Gewalt gegen Kinder in Deutschland ist erneut angestiegen. Der deutlichste Zuwachs zeigt sich dabei im Bereich der Taten ohne Körperkontakt. Dazu gehören beispielsweise Fälle von Cybergrooming sowie sexuelle Gewalt gegen Kinder in Messengern oder im Videochat. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten „Bundeslagebild Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen 2025“ des Bundeskriminalamts hervor. Wir erklären, welche Gefahren es im Internet gibt, und stellen Ihnen passende Materialien zur Verfügung, um Kinder und Jugendliche zu schützen.

Quelle: klicksafe-Newsletter Juli 2026, [Zum Artikel](#)

Die Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche im AsylbLG - Minderjährige im Grundleistungsbezug erhalten eine Versichertenkarte

Am 12. Juni 2026 traten zahlreiche gesetzliche Änderungen im Asyl-, Aufenthalts- und Leistungsrecht in Kraft, um europäische Vorgaben umzusetzen ("GEAS-Reform"). Fast alle diese Änderungen sind mit Verschärfungen für Geflüchtete verbunden. Einer der sehr wenigen positiven Aspekte des Gesetzespakets, die Verbesserung bei der Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen im AsylbLG, wird dabei leicht übersehen. Diese Änderungen sind Gegenstand der vorliegenden Fachinformation.

Zur Fachinformation: [Die Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche im AsylbLG - Minderjährige im Grundleistungsbezug erhalten eine Versichertenkarte](#)

Neue Studie „Große Sorgen, hohe Erwartungen an Politik und Europa – Wie Deutschland auf Social-Media-Plattformen und Messengerdienste blickt“

Diese neue Studie der Bertelsmann Stiftung untersucht, wie Menschen Social-Media Plattformen und Messengerdienste von Meta, Google, TikTok und Co. wahrnehmen, nutzen und bewerten. Sie zeigt, dass Plattformen wie TikTok, X oder Instagram häufig kritisch und mit Sorge betrachtet werden, von vielen Menschen im Alltag jedoch zugleich selbstverständlich und intensiv genutzt werden. Damit richtet die Studie den Blick gezielt auf die Perspektive der Nutzer*innen und liefert empirisch fundierte Einblicke in ein Spannungsfeld, das öffentliche Debatten über soziale Medien bislang oft nur ausschnitthaft abbilden.

77 Prozent der Menschen in Deutschland sehen soziale Medien als Instrument politischer Einflussnahme – trotzdem wollen oder können die wenigsten auf sie verzichten.

Genau dieser Widerspruch prägt die Ergebnisse der neuen Studie der Bertelsmann Stiftung:
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/grosse-sorgen-hohe-erwartungen-an-politik-und-europa>

Neu im Netz

Informationsverbund Asyl & Migration: Basisinformationen & Sonderseite zur GEAS-Reform

Der Informationsverbund Asyl & Migration hat anlässlich der GEAS-Reform neue Basisinformationen erstellt, sowie eine Sonderseite zur GEAS-Reform eingerichtet, die einen Überblick zu aktuellen Publikationen und weiterführenden Hinweisen bietet.

Bereits zum Download bereit stehen die folgenden **Basisinformationen** (weitere Basisinformation sind in Planung):

- [Überblick über das GEAS \(Nr. 1\)](#)
- [Familie und Familieneinheit im GEAS \(Nr. 2\)](#)

Sonderseite zur GEAS Reform: Die Sonderseite zur GEAS-Reform finden Sie [unter diesem Link](#). Dort sind die bisherigen Publikationen zur GEAS Reform aufgeführt, sowie Hinweise auf andere Webseiten, die hilfreiche Informationen enthalten. Diese Seite wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

Familienministerium startet digitalen Wegweiser für wirtschaftliche Entscheidungen von Ausbildung bis Altersvorsorge - Neues Serviceangebot informiert zu Lebensentscheidungen zugunsten wirtschaftlicher Eigenständigkeit

Fast alle Frauen und Männer halten wirtschaftliche Eigenständigkeit für persönlich wichtig. Aber weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland erreicht dieses Ziel. Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat deshalb ein neues, innovatives Serviceportal veröffentlicht. Die „Lebenskarte – orientieren, informieren, auf eigenen Füßen stehen“

(www.lebenskarte.info) bietet verlässliche und unabhängige Informationen für jede Lebensphase von der Ausbildung bis zur Altersvorsorge. Zentraler Bestandteil ist der digitale Rechner „Lohn-O-Mat“, mit dem auch Paare berechnen können, wie sich gemeinsame wirtschaftliche Entscheidungen langfristig auswirken.

Die damalige Bundesministerin Karin Prien: „Wirtschaftliche Eigenständigkeit ist das Fundament individueller Freiheit und Selbstbestimmung. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen ihren Lebensweg jederzeit finanziell selbstbestimmt gestalten können – unabhängig von persönlichen Umbrüchen wie Trennung oder Krankheit. Gute Rahmenbedingungen, die eine substanzielle Erwerbstätigkeit von Frauen wie Männern erleichtern und lohnender machen, sind die Basis, und ökonomisches Wissen ist der Kompass. Oft entscheiden kleine Weichenstellungen, die am Küchentisch getroffen werden, über die finanzielle Freiheit von morgen. Mit der ‚Lebenskarte‘ und dem ‚Lohn-O-Mat‘ geben wir den Bürgerinnen und Bürgern Instrumente an die Hand, um die finanziellen Folgen von Lebensentscheidungen erstmals einfach, transparent und individuell berechenbar zu machen.“

Besonders Frauen befinden sich bezüglich ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit in einer schwierigen Situation: Trotz einer häufig besseren Ausbildung und – rechnet man Familienarbeit und Beruf zusammen – eines sogar größeren Arbeitspensums verdienen sie im Laufe ihres Lebens oft nur halb so viel wie Männer. Oft fehlt es an Transparenz über die langfristigen finanziellen Folgen großer Lebensentscheidungen wie Erziehungszeiten oder Teilzeit.

Die Lebenskarte als digitaler Kompass

Die Lebenskarte zeigt anhand von acht Stationen wie dem Karrierestart, Familiengründung oder Heirat, welche finanziellen Fragen in der jeweiligen Lebensphase wichtig sind. Zu jedem Thema bietet sie passende staatlich geprüfte Informationen und praktische Angebote.

Das Herzstück der Lebenskarte ist der „Lohn-O-Mat“, der in enger Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT) entwickelt wurde. Das digitale Tool macht die finanziellen Folgen von Lebensentscheidungen erstmals auch für Paare individuell berechenbar. Ob partnerschaftliche Erwerbsarbeit, Steuerklassenwahl, Jobwechsel oder die Anpassung der Arbeitszeit: Der „Lohn-O-Mat“ zeigt, wie sich diese Entscheidungen auf das Einkommen und die Rente auswirken.

Quelle: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/familienministerium-startet-digitalen-weg-weiser-fuer-wirtschaftliche-entscheidungen-von-ausbildung-bis-altersvorsorge-291024>

Veranstaltungen

Veranstaltungsart	Thema/ Titel	Datum	Ort	Veranstalter
Online-Seminar	"Geschlechtlicher Vielfalt in der Jugendsozialarbeit & Jugendberufshilfe kompetent und wertschätzend begegnen" für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten AUSGEBUCHT – ANMELDUNG AUF WARTELISTE	19.08.2026	Online	LAG JSA Niedersachsen Susanna Ratke, Tel.: 0172/ 754 67 05 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de https://nord.jugendsozialarbeit.de/veranstaltungen/index.php
Online-Seminar	Sicher im Umgang mit Angststörungen – Diagnostische Orientierung und praxisnahe Interventionen im Beratungskontext für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten AUSGEBUCHT – ANMELDUNG AUF WARTELISTE	20.08.2026	Online	LAG JSA Niedersachsen Susanna Ratke, Tel.: 0172/ 754 67 05 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de https://nord.jugendsozialarbeit.de/veranstaltungen/index.php
Seminar	Jugendsexualität und digitale Medien Risiken und Chancen	20.-21.08.2026	Hannover, Stephansstift	Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung (ZEB) Zu den Veranstaltungen
Seminar	Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse im beruflichen Kontext für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten	25.08.2026	Hannover, Stephansstift	LAG JSA Niedersachsen Susanna Ratke, Tel.: 0172/ 754 67 05 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de https://nord.jugendsozialarbeit.de/veranstaltungen/index.php
Online-angebot	Abenteuer Pubertät	28.08.2026	Online	Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung (ZEB) Zu den Veranstaltungen
Seminar	„Tanze mit dem Widerstand“: Einführung in die Motivierende Gesprächsführung und Beziehungsgestaltung mit jungen Menschen für Anleiter*innen aus Jugendwerkstätten	01.-02.09.2026	Hannover, Hanns-Lilje-Haus	LAG JSA Niedersachsen Susanna Ratke, Tel.: 0172/ 754 67 05 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de https://nord.jugendsozialarbeit.de/veranstaltungen/index.php

Veranstaltungsart	Thema/ Titel	Datum	Ort	Veranstalter
Online-Seminar	KI in der Jugendberufshilfe: Neue Praxisfelder gestalten für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten AUSGEBUCHT – ANMELDUNG AUF WARTELISTE	08.09.+ 17.09.2026	Online	LAG JSA Niedersachsen Susanna Ratke, Tel.: 0172/ 754 67 05 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de https://nord.jugendsozialarbeit.de/veranstaltungen/index.php
Seminar	Basiswissen Traumapädagogik	08.-10.09.2026	Hannover, PITT	Niedersächsisches Landesjugendamt https://soziales.niedersachsen.de/download/227157
Seminar	Kollegiale Unterstützungsmodelle Neue Perspektiven für die Arbeit gewinnen	10.-11.09.2026	Hannover, Stephansstift	Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung (ZEB) Zu den Veranstaltungen
Seminar	Auf dem Weg zur Inklusion: Unterstützte Kommunikation	15.09.2026	Hannover, Akademie des Sports	Niedersächsisches Landesjugendamt https://soziales.niedersachsen.de/download/227157
Seminar	Gewaltfreie Kommunikation im Berufsalltag – Intensivkurs	14.-16.09.2026	Hannover, Stephansstift	Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung (ZEB) Zu den Veranstaltungen
Seminar	Nun lass mal locker - Gelassenheit ist trainierbar	18.-19.09.2026	Hannover, Stephansstift	Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung (ZEB) Zu den Veranstaltungen
Seminar	Betriebswirtschaftliche Kompetenz in sozialen Einrichtungen	21.-22.09.2026	Hannover, Stephansstift	Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung (ZEB) Zu den Veranstaltungen
Seminar	„Bitte hört, was ich nicht sage“ , Junge Menschen in suizidalen Krisen verstehen und hilfreich handeln	22.-23.09.2026	Springe, HVHS	Niedersächsisches Landesjugendamt https://soziales.niedersachsen.de/download/227157

Impressum

„jugendsozialarbeit nord“ wird herausgegeben von der

Landesstelle Jugendsozialarbeit

Redaktion: Ina Samusch (is)

Redaktionelle Mitarbeit: Christian Remark (re), Susanna Ratke (ra)

V.i.S.d.P. Inga Koch

Kopernikusstr. 3, 30167 Hannover

Tel.: 0511/ 27 00 67 21, E-Mail: infodienst@jugendsozialarbeit.de

Erscheinungsweise: monatlich, Bezugspreis: 30 Euro für 12 Monate